Wieland Soyka

Bremen, 18.3.1978
Stedinger Str. 39
Wendtstraße 22

Liebe Kläger, Freunde und Rechtswegförderer!

Atomgegner seit sechs Tagen in Beugehaft

Kraftwerks-Anwalt fordert 1400 Mark / Politologe: Betriebsgenehmigungen sind nichtig

Seit nunmehr sechs Tagen sitzt der Bremer Atomkraftgegner Walter Soyka (51) in Zivilhaft. Soyka weigert sich, eine Geldforderung in Höhe von 1400 Mark zu erfüllen. Sein Gegner ist der Frankfurter Anwalt Professor Dr. Fischerhof, der in einem von dem Antiatomstreiter verlorenen Esenshamm-Prozeß die Nordwestdeutsche Kraftwerke AG (NWK) und die Kernkraftwerke Unterweser GmbH vertreten hat. Nach Mitteilungen seiner Familie befindet sich Soyka seit Donnerstag vergangener Woche im Hungerstreik.

Was die eine Seite als bloße zivilrechtliche Auseinandersetzung betrachtet, wobei sie Soyka bestenfalls eine „Michael-Kohlhaas-Mentalität" konzediert, ist der anderen Seite ein Politikum ersten Ranges. Gleich seinem Mitstreiter Roland Bohlinger, der zusammen mit Walther Soyka das Institut für Biologische Sicherheit betreibt, vertritt der einsitzende Politologe die Auffassung, daß alle Genehmigungen von „Atomspaltwerken" und entsprechend sämtliche darauf kausal oder teilkausal aufbauenden Handlungen nichtig sind. Bohlinger: „Rechtsfolgen auf Grund von rechtlicher Nichtigkeit gibt es nicht." — Zweifellos sei der Denkansatz seines Vaters unkonventionell, meinte gestern Soykas Sohn Wieland. Der Gedanke der „Nichtigkeit" aber könne politisch wie juristisch durchaus „revolutionierend" wirken.

Als der Gerichtsvollzieher in Begleitung von einem Zivilbeamten und zwei uniformierten Polizisten am Donnerstag voriger Woche in Soykas Wohnung erschien, hatte sich der 51jährige Wissenschaftler jedenfalls der Vorführung widersetzt. Ebenso verweigerte er, wenngleich ohne Erfolg, in der anschließenden Verhandlung vor einem Zivilrichter Angaben zu seiner Person. Statt dessen legte er sofortige Beschwerde gegen die — wie es offiziell heißt — „Vollziehung des Vollstreckungshaftbefehls" ein. Der Haftbefehl war erlassen worden, weil sich Soyka weigert, eine eidesstattliche Versicherung, den sogenannten Offenbarungseid, zu leisten. Selbst vor dem Landgericht ist er damit aber bisher nicht durchgedrungen. Seine Familie befürchtet, daß er, der nach wie vor die österreichische Staatsbürgerschaft besitzt, aus der Bundesrepublik ausgewiesen werden könnte, obwohl der Politologe, wie gestern verlautete, im nächsten Semester einen Lehrauftrag erhalten soll.

Selbst Gegner sehen in Soyka einen „Überzeugungstäter". Sein Freund, der Tübinger Lehrer Hartmut Gründler, hatte sich am Buß- und Bettag vorigen Jahres aus Protest gegen die Verwendung von Kernenergie in der Hamburger Innenstadt mit Benzin übergossen und angezündet. Er erlag den schweren Brandverletzungen am 21. November.

Wie lange die „Beugehaft" gegen den Atomstreiter anhalten wird, ist derzeit ungewiß. Die Strafprozeßordnung sieht eine Höchstdauer von sechs Monaten vor.

Nr. 62 Seite 16 WESER-KURIER TAGESZEITUNG Dienstag, 14. März 1978

Wie Sie dem ersten Zeitungsbericht über die Verhaftung von Walther Soyka entnehmen können, haben es der Industrieanwalt Prof. Fischerhof und "seine Komplizen" so weit gebracht, ihren schärfsten Gegner hinter Schloß und Riegel zu bringen und ihn in seiner Arbeit zu behindern. Allerdings ist eine Erzwingungshaft nur eine Zivil"strafe"; dem Häftling ist es deshalb möglich, seine Arbeit in der Haft fortzusetzen. Eine Ausweisegefahr dürfte nicht bestehen, da es sich um keinen Straftatbestand handelt; wir sollten die Möglichkeit jedoch im Auge behalten.
Den Hungerstreik hat Walther Soyka inzwischen aus guten Gründen abgebrochen. Näheres da-zu in der nächsten Aussendung. Seit dem 16.3.1978 nimmt er wieder feste Nahrung zu sich.

Walther Soyka wird nun aus dem Gefängnis mithilfe unseres Archivs für biologische Sicherheit den Beweis erbringen, daß sämtliche Genehmigungsbehörden für Atomanlagen von verschiedenen Personen und Firmen bewußt getäuscht und irregeführt wurden. Den Behörden wurde u.a. die Plutoniumgefahr bewußt verschwiegen, obwohl die Unterrichtung über diese Gefahr Genehmigungsvoraussetzung ist.

In dem Verfahren des Klägers Harm Menkens hat das OVG-Lüneburg erst vor wenigen Tagen festgestellt, daß für das Atomspaltwerk Brunsbüttel (und alle anderen Atomwerke) völlig unzureichende Plutonium-Rückhaltebarrieren von den Behörden verlangt wurden. Unter anderem aus diesem Tatbestand leitet sich die Nichtigkeit der Genehmigungen ab.

Noch einige Hinweise zur Sache und zu den beigehefteten Unterlagen:

Betreut wird Walther Soyka von dem Bremer Rechtsanwalt Axel Adamietz.

Das beigefügte Blatt der Bremer Bürgerinitiative (BBA) entstand anläßlich einer Demonstration am 18.3., die das Ziel hatte, auf das praktizierte Unrecht hinzuweisen und Walther Soykas Freilassung zu fordern. Außerdem gibt es näheren Aufschluß über die Haft.

Für den Fall, daß I h n e n Gerichtskostenforderungen zugestellt werden sollten können Sie dem Blatt von Roland Bohlinger eine ganz kurzgefaßte Begründung der Nichtigkeit dieser Forderungen aus Atomverfahren entnehmen. Die darin erwähnte Strafanzeige wurde den Klägern in einer kleinen blauen Broschüre seinerzeit zugesandt, sie wird jedoch in Kürze als Buch, zusammen mit einer Reihe von Dokumenten und Schriftsätzen, von Roland Bohlinger herausgegeben. Jede Zahlung von Gerichtskosten aus Atomverfahren ist ein Zugeständnis an heute teilweise "akzeptiertes" Unrecht!

Zwei Blätter weisen auf die sehr positiven Entwicklungen im Kampf der Österreichischen Atom-Warner hin.

Der Rechtswegförderkreis Hannover hat mit seiner Tätigkeit begonnen. Das beigefügte Blatt zeigt eine Möglichkeit, unabhängig von Bremen aktiv zu werden.

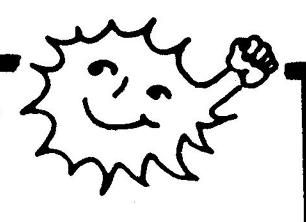
Für Interessenten ist ein wertvoller Artikel aus der "Frankfurter Rundschau" (der vorletzten Ausgabe vor dem bundesweiten Druckerstreik) beigefügt, den der Wiener Plasmaphysiker Ing. Karl Nowak schrieb.

Weitere Informationen, Presseberichte usw. folgen in Kürze. Der "Rechtsweg" Nr. 6 wird Schriftsätze anläßlich der Beugehaft zum Inhalt haben. Wir benötigen jetzt besonders finanzielle Unterstützung!

Mit freundlichen Grüßen
gez. Wieland Soyka

BREMER BÜRGERINITIATIVE GEGEN ATOMENERGIEANLAGEN (BBA)

- ERMITTLUNGSAUSSCHUSS -



ATOMKRAFTGEGNER SOYKA IN BEUGEHAFT

Seine Antwort: Hungerstreik

Am 9.3.78 wurde der Atomkraftgegner Walther Soyka aufgrund eines Antrages der NWK-Rechtsanwälte (Nordwestdeutsche Kraft Werke AG) verhaftet.
Walther Soyka hatte 1976 gegen die Inbetriebnahme des Atomkraftwerkes Esenshamm geklagt. Die Klage wurde damals abgewiesen. Der Industrieanwalt Fischerh off fordert nun über die NWK sein Honorar über 1400 DM.
Walther kann die geforderte Summe weder bezahlen,noch will er es. Er hat nachgewiesen, daß rechtlich kein Anspruch besteht. Dennoch haben Amtsgericht, Landgericht und das Oberlandesgericht seine Haftbeschwerde abgewiesen. Das bedeutet: Walther kann wegen der lächerlichen Summe von 1400 DM 6Monate in Haft gehalten werden.

9 Tage sitzt Walther jetzt schon in Beugehaft, seinen Haftbefehl hat er in der Zeit noch nie zu Gesicht bekommen.
Walther ist nicht nur Kläger und Prozessvertreter, sondern auch als Gutachter und Berater von Einzelklägern tätig, wie jetzt z. B. im Brunsbüttel-Prozeß. Am 15.3.78 lief die Frist ab, in das Verfahren noch Argumente einzubringen. Soykas Gutachten an dem er im Augenblick der Verhaftung schrieb, konnte nun nicht mehr fristgerecht eingebracht werden.
Wegen seines Sachverstandes, seiner Aktenkenntnis und seiner Fähigkeit, immer mehr Menschen als Kläger gegen AKW zu gewinnen, ist er ein gefürchteter Gegner der Atomindustrie. Darum versucht sie jetzt mit Hilfe der Justiz ihn fertig zu machen und seinen Widerstand zu brechen. Das gelingt ihnen jedoch nicht.

Denn seinen Widerstand setzt Walther im Knast fort: Er befindet sich seit 9 Tagen im Hungerstreik.Er nimmt nur Wasser zu sich. Aber auch wir müssen jetzt deutlich machen, daß Industrieanwälte wie Fischerhoff und mit ihnen die NWK kein Recht haben, sich an Atomprozessen und unserem Widerstand zu bereichern.
Wir lassen es nicht zu, das Atomkraftgegner wie Kriminelle behandelt werden.

WIR SIND NICHT DIE KRIMINELLEN,SONDERN DIE,DIE ATOMKRAFTWERKE BAUEN

Wir fordern:

- SOFORTIGE FREILASSUNG VON WALTER SOYKA!
- BEOBACHTUNG VON WALTHER WÄHREND SEINES HUNGERSTREIKS DURCH EINEN ARZT SEINES VERTRAUENS!
- RÜCKNAHME ALLER GELDFORDERUNGEN DER ATOMINDUSTRIE!
- KEINE KRIMINALISIERUNG VON ATOMKRAFTGEGNERN!
- KEIN AKW IN ESENSHAMM, BRUNSBÜTTEL UND AUCH NICHT ANDERSWO!

UM UNSERE SOLIDARITÄT MIT WALTHER UND UNSERE FORDERUNGEN ZUM AUSDRUCK ZU BRINGEN, RUFEN WIR AUF ZUR

KUNDGEBUNG 18.3.

ALSO SAMSTAG, 10.30 UHR

MARKTPLATZ

SCHREIBEN SIE AN WALTHER SOYKA IN DEN KNAST: 28oo BREMEN,UNTERSUCHUNGSGEFÄNGNIS!
TEILEN SIE DEM SENATOR FÜR RECHTSPFLEGE UND STRAFVOLLZUG, WOLFGANG KAHRS IHREN PROTEST GEGEN DIE WILLKÜRLICHE VERHAFTUNG VON WALTHER SOYKA MIT! 28oo BREMEN, RICHTWEG 16-22, TELEFON: 361-2484.
FORDERN SIE DIE SOFORTIGE FREILASSUNG VON WALTHER SOYKA!

---

v.i.s.d.p.: ermittlungsausschuss der bba,28 bremen, fedelhören 14

Roland Bohlinger
2251 Wobbenbüll

22.2.1978

An die
Oberjustizkasse Hannover
Am Klagesmarkt 17

3000 Hannover

Betrifft: Kassenzeichen 200535-200540, 200552-200554 / 78

Sie sandten mir, meiner Frau Helga und meinen Kindern Dietrich, Teja, Sigurd, Briga, Gunn, Uta und Dagmar Kostenbescheide über jeweils DM 12.30 zu. Diese Bescheide sind nichtig.

Nach § 44 VwVfG ist ein Verwaltungsakt nichtig, wenn er Tätigkeiten genehmigt, die sich gegen das Völkerrecht, das Grundgesetz und das Strafgesetz richten. Zwar hat unsere Seite, die Klägerseite, nicht von Anfang an sondern erst seit kurzem Feststellungsklage wegen Nichtigkeit aller Genehmigungen von Atomspaltwerken erhoben *), aber dieser zeitliche Umstand ändert nichts am juristischen Umstand, am Nichtigkeitscharakter der Genehmigungen und aller darauf kausal oder teilkausal aufbauender Handlungen. Unerheblich ist, ob diese Genehmigungen und Handlungen in Kenntnis oder Unkenntnis der wirklichen Rechts- und Sachlage erfolgten. Rechtsfolgen aufgrund von rechtlicher Nichtigkeit gibt es nicht. Darum ist auch der Satz in Ihrer Kostenrechnung nichtig: "Erinnerung und Beschwerde entbinden aber nicht von der Verpflichtung zu vorläufiger Zahlung des angeforderten Betrages." Eine rechtliche Bindung auf der Grundlage von rechtlicher Nichtigkeit ist unmöglich. Sie ist eine Multiplizierung mit dem Faktor Null **). Würde ich im übrigen eine auch nur vorläufige Bindung anerkennen, dann würde ich auch anerkennen, daß keine grundsätzliche Nichtigkeit vorliegt. Ein solcher Zwang zur Anerkennung nichtiger Verhältnisse ist jedoch rechts- und sittenwidrig und damit nach § 44 VwVfG selbst wiederum nichtig. Im übrigen handelt es sich hier nicht um eine "Beschwerde" im Sinne Ihrer Zahlungsbedingungen, sondern um eine Forderung auf Nichtigkeitsfeststellung. Die "Beweislast" liegt in diesem Falle bei der Gegenseite ***).

Unsere Klagen sollen Tätigkeiten abwehren, die offensichtlich die freiheitlich-demokratische Rechtsordnung umzustürzen drohen, zahlreiche Strafgesetze verletzen und in Massen- und Völkermord münden *). Wenn diese Tätigkeiten nicht schon längst unterbunden wurden, dann liegt das an der heutigen Verfassungswirklichkeit, nicht an der Beweisbarkeit und nicht an der juristischen Faßbarkeit des Verbrechenskomplexes *). Muß aber die heutige Verfassungswirklichkeit erst zur "bedingungslosen Kapitulation" gezwungen werden, wie seinerzeit jene des Dritten Reiches, um die Nichtigkeit umfassender Unrechtshandlungen zu erweisen? Nach der Konvention zur Verhütung des Völkermords, die nach Art. 25 GG. bindendes Recht ist, und nach den in Nürnberg von den heute herrschenden Mächten selbst zur Anwendung gebrachten Gesetzen, ist jede Handlung verboten, die der Vorbereitung von Völ-

kermord, der Errichtung einer Gewalt- und Willkürherrschaft u.a. dient. Jede Kostenentscheidung gegen den Kampf zur Verhinderung solcher Verbrechen ist somit eine verbotene Vorbereitungshandlung. Werden die Kosten zwangsweise eingetrieben, so sind sie außerdem strafbarer Zwang.

Im übrigen weise ich darauf hin, daß inzwischen das Verwaltungsgericht Oldenburg in einem nicht von uns angestrengten Gerichtsurteil festgestellt hat, daß eine der Teilgenehmigungen für das Atomspaltwerk Esenshamm nichtig sei.

Ich fordere aus den dargelegten Gründen die Oberjustizkasse Hannover auf, ihre Kostenrechnung zurückzuziehen und alle vielleicht von anderen Klägern irrtümlich eingehenden Zahlungen zurückzuweisen.

Roland Bohlinger

Anmerkungen:

*) Siehe dazu in der Anlage meine Strafanzeige gegen die Erste Kammer des Verwaltungsgerichts Oldenburg, wo in aller Kürze mein Standpunkt dargelegt und eine Fülle von Verstößen gegen das Völkerrecht, das Grundgesetz und das Strafgesetz aufgezeigt wird.

**) Siehe: Eyermann-Fröhler, Kommentar zur Verwaltungsgerichtsordnung, München 1977, 7. A., § 43, Anm. 18.

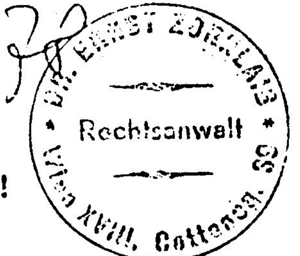
***) Siehe: Eyermann-Fröhler, a.a.O., § 43, Anm. 1.

ÖSTERREICH:

Höchstgericht: Zwentendorf-Bau ist rechtswidrig

Verwaltungsgerichtshof
Zl. 1518/77
11

Mo 27. Febr. 78
14 h 00



I M N A M E N D E R R E P U B L I K !

Der Verwaltungsgerichtshof hat durch den Vorsitzenden Senatspräsident Dr. L e h n e und die Hofräte Dr. H r d l i c k a , Dr. S t r a ß m a n n , Dr. D r a x l e r und O n d e r als Richter .. zu Recht erkannt:

Der angefochtene Bescheid wird wegen Rechtswidrigkeit seines Inhaltes aufgehoben.

Das Land Niederösterreich hat dem Erstbeschwerdeführer Aufwendungen in der Höhe von S 7.170,-- (§ 53 Abs. 1 VwGG 1965) binnen zwei Wochen bei sonstiger Exekution zu ersetzen.

Das Mehrbegehren der Beschwerdeführer wird abgewiesen.

W i e n , am 14. Februar 1978

Dr. L e h n e

Dr. W e i t z e r

Für die Richtigkeit der Ausfertigung:

Seifert



V.i.S.d.P.: Wieland Soyka
Stedinger Str. 39, 2800 Bremen 1

Der vollständige Wortlaut des Urteils kann bei mir angefordert werden. 2,50 DM Rückporto beilegen!

Teilerfolg für Anrainer des Atomkraftwerkes

Höchstgericht: Zwentendorf-Bau ist rechtswidrig

Von Herwig Schmidl

Die Höchstrichter haben entschieden: Das Kernkraftwerk Zwentendorf wurde rechtswidrig errichtet, da drei Niederösterreicher, die sich als Anrainer fühlen, zur Bauverhandlung nicht zugelassen wurden. „Das mindeste", so Landeshauptmann-Stellvertreter Czettel, „ist eine Wiederholung der Bauverhandlung."

Die erste Schlacht im Rechtskrieg um Zwentendorf hat der Verwaltungsgerichtshof Montag entschieden: Das Kernkraftwerk ist rechtswidrig erbaut worden.

Drei Niederösterreicher, deren Grundstücke nicht direkt an das Kernkraftwerkareal angrenzen, hatten bei der Bauverhandlung Parteistellung verlangt. Die aber lehnte das Land Niederösterreich mit der Begründung ab, die subjektiven Rechte der Antragsteller würden nicht geschmälert.

Zu Unrecht. Denn das Höchstgericht hat jetzt festgehalten, daß „jeder, der durch die Errichtung eines Bauwerks in seinen subjektiven öffentlichen Rechten berührt werde, als Anrainer im Sinne der niederösterreichischen Bauordnung" **anzusehen sei.**

Die Parteistellung der Beschwerdeführer, so der Gerichtshof, hätte aber nur verneint werden dürfen, wenn die Behörde schlüssig erklären hätte können, daß subjektive Rechte nicht verletzt wurden.

Der Baureferent der niederösterreichischen Landesregierung, Landeshauptmann-Stellvertreter Hans Czettel, erklärte denn auch – ohne das Urteil schon zu kennen –, „das mindeste, was jetzt passiert, ist eine Wiederholung der Bauverhandlung".

Vor dieser Bauverhandlung und der dann möglichen Rechtsauseinandersetzung sind Baumaßnahmen gestoppt. Nicht jedoch Rechtsgeschäfte: Wenn am Montag der COGEMA-Vertrag unterzeichnet wurde, so ist er rechtskräftig. Denn die GKT kann im Vertrauen darauf, daß der Bau rechtlich bewilligt wird, Verträge abschließen.

Mit diesem Höchstgerichtsspruch hat der Anwalt der Anrainer, Ernst Zörnlaib, jedoch nur ein erstes Signal gesetzt. Sobald die im Strahlenschutzgesetz vorgesehenen Bewilligungen des Gesundheitsministeriums für Zwentendorf vorliegen, will er diese bekämpfen und dann vom Verfassungsgerichtshof **klarstellen lassen: Ist es möglich, daß ein Kernkraftwerk** ohne Parteistellung der Anrainer durchgezogen wird, so wie es das Strahlenschutzgesetz vorsieht? Oder ist das Strahlenschutzgesetz gar verfassungswidrig? Der Anwalt will bei der nächsten Bauverhandlung die Schleifung des Kraftwerks beantragen.

Landeshauptmann Andreas Maurer lehnte gestern, da er noch nicht im Besitz des Urteils war, eine erste Stellungnahme zum Höchstgerichtsurteil ab.

KURIER (Wien) 28. FEBRUAR 1978 SEITE 1

Hasard

Der Verwaltungsgerichtshof hat ein Urteil gefällt, das für das Atomkraftwerk Zwentendorf unangenehmste Folgen hat: die mindeste, daß seine Inbetriebnahme noch weiter hinausgeschoben wird.

Und warum? Weil man seinerzeit Bürger von der Baurechtsverhandlung ausgeschlossen hat, die zwar nicht unmittelbare Anrainer sind, im Ernstfall aber doch Leidtragende wären. Einer wurde damals sogar mit staatspolizeilicher Gewalt aus dem Saal geschmissen. (Soyka)

Jetzt hat das Verwaltungsgericht festgestellt, daß die Rechte dieser Leute verletzt wurden.

Auch dadurch wird immer klarer, daß Österreichs Verantwortliche mit einer Nonchalance ins Atomzeitalter eingestiegen sind wie ein bankrotter Spieler in eine Hasardpartie. Wird schon gutgehen . . .

Nun, es gibt noch Richter in Österreich, könnte man sagen. Allerdings keine höhere Gerechtigkeit. Denn das Urteil macht eine Inbetriebnahme vor den Wahlen 1979 noch unwahrscheinlicher. Und das paßt den Hasardeuren ins Spiel.

Rau

Österreichs Bundeskanzler Kreisky schrieb am 13.10.1976 an die Bürgerinitiative gegen Atomgefahren, Wien:

"Die friedliche Anwendung der Kernenergie... ist auch für Österreich zu einer Schicksalsfrage geworden.

Gehen wir alle mit dem gebotenen Ernst und dem Willen an sie heran, Lösungen zu finden und Entscheidungen zu treffen, die auch vor unseren Kindern und Kindeskindern bestehen können!"

Es ist an der Zeit, daß nun auch der zeichnungsgleiche Brunsbüttel-Reaktor, der am 23.6.1976 unter mysteriösen Umständen in Betrieb genommen wurde, aus dem Verkehr gezogen wird!

DIE DISKUSSION UM ZWENTENDORF: MÄCHTE, MEINUNGEN, METHODEN (III)

Rechte Romantiker, linke Agitatoren

Die Atomgegner als skurrile Koalition politischer Randgruppen

Von unserem Redaktionsmitglied HANS WERNER SCHEIDL

WIEN. „Eines muß man den Linken lassen: sie arbeiten fabelhaft auf der Straße." Otto Häusler, Plastikblumen-Großhändler aus Wien, Gründer der einstigen Liberalen Partei Österreichs, zur Zeit engagierter Atomgegner, staunt ungläubig über die unbeabsichtigte Kampfgemeinschaft, in die er — und nicht nur er — geraten ist. Die Entwicklung der heimischen Anti-Atom-Szene ist ein Lehrbeispiel für Soziologen, Politologen oder sonstige Wißbegierige, wie aus einer harmlosen, belächelten Bewegung durch ganz wenige ideologisch links getrimmte Agitatoren eine schlagkräftige Truppe formiert werden kann.

Wenn man heute unter dem Sammelbegriff „Atomgegner" immer nur die Namen „Frau Schmitz" oder „Linksradikale" nennt, so ist das eine unzulässige Vereinfachung. In Wahrheit bestehen die organisierten Atomgegner aus einer Unzahl von Gruppen und Grüppchen, zwischen denen sehr oft interessante Querverbindungen bestehen, ja manchmal geradezu skurrile Koalitionen. „Österreichische Initiative gegen Atomgefahren" heißt es da in einem Impressum, „Umweltschutzbewegung" nennt sich eine andere Gruppe, „Mütter gegen Atomstrom" sind wieder ein Ableger der „Katastrophenhilfe österreichischer Frauen", die sich wieder mit dem „Kommunistischen Bund" nicht an einen Tisch setzen will. Dazu kommen unzählige Einzelpersonen, von links und rechts, deren Fäden zum Teil in die Parteien reichen, aber auch in den Gewerkschaftsbund.

Sie befinden sich in guter Gesellschaft. Die katholische Bischofskonferenz hat sich zu einem vorsichtigen Nein durchgerungen, das erst dann modifiziert werden soll, wenn nachweisbar die nötige Energie auf keinem anderen Weg als durch das Uran gesichert werden kann. Da gibt es den katzenfreundlichen Burgmimen Richard Eybner, der mit seinem Namen gegen die Atomgefahren wirbt. Da steht in einer Reihe aber auch der Bundesvorstand der sozialistischen Naturfreundejugend.

Die Keimzelle der heutigen Anti-Atom-Lobby ist in einer ganz biederen Familie zu suchen, die das Glück hatte, über viele Kinder zu verfügen. Die Familie Soyka, geistig der „Wandervogelbewegung" nach dem Ersten Weltkrieg zuzuordnen, gründete unter Patronanz des rüstigen Stammvaters Soyka schon in den fünfziger Jahren einen „Bund für Volksgesundheit". Man predigte das Wassertrinken, pflegte den heimischen Volkstanz, die Söhne vertieften sich immer mehr in den biologischen Landbau, und von da an war's nur noch ein kurzer Schritt, bis sie bei den biologischen Gefahren angelangt waren, die durch Atomkraftwerke entstehen könnten.

Heute zählen Soykas unter den verschiedensten Namen (als Schwiegersöhne, Schwager) zu den in der Öffentlichkeit weitgehend unbekannten Speerspitzen der Anti-Atom-Bewegung. Einer aus der großen Familie sitzt in Bremen, ficht für die deutschen Atom-Streiter die juristischen Sträuße in Karlsruhe aus und hält die Verbindung nach Österreich. Doch die Schwäche all dieser Romantiker war und ist, keine großen Organisatoren zu sein. Sie leiden — ebenso wie etwa Frau Schmitz — unter der Einflußnahme linker Kräfte, die diese biederen Bürger einfach unter den Armen faßten und sie mit sich fortrissen. Frierende Mütter läßt die Bundesregierung auch einen Tag lang vor verschlossenem Tor warten, linke Bänkelsänger hingegen sorgen sehr rasch für die nötige Publizität. So geschehen bei der jüngsten Regierungsklausur. In der Delegation, die schließlich bei Frau Leodolter vorsprechen durfte, befand sich auch ein Stefan Micko. Womit sich der Kreis schließt, denn der bärtige Ingenieur ist mit der Familie Soyka verschwägert.

„Ich bin ein Pazifist von Natur aus, aber ich werde von der Bundesregierung immer mehr in eine Richtung getrieben, die mir nicht liegt. Wir wenden keine Gewalt an, doch die Gewalt der Bundesregierung könnte einen Notwehrakt bewirken", warnt Micko.

Wie abträglich die unselige Allianz mit den Linken und Ultralinken den konservativen Atomgegnern werden kann, das mußte erst dieser Tage wieder Frau Elisabeth Schmitz erleben. Sie hatte sich bei einer Kreisky-Diskussion mit Kartellbrüdern das Mikrophon geangelt und dem Bundeskanzler aus nächster Nähe eine „autoritäre Vorgangsweise wie Herr Pinochet in Chile" an den Kopf geschmissen.

Die seltsame Allianz, die etwa am Nationalfeiertag vor dem Kanzleramt aufmarschiert war, hatte ihm schon damals den bösen Ausspruch von den „Lausbuben" entlockt. Er hätte viele bekannte Gesichter gesehen. Junge Parteifreunde von ehedem etwa. Denn die jungen Linken im Verband sozialistischer Mittelschüler und im Verband sozialistischer Studenten fühlten sich schon seit Jahren unter dem Regiment Bruno Kreiskys heimatlos. Vietnam ist endlich kommunistisch, Lütgendorf hatte man ihnen aus der Schußlinie geräumt, ein deftiger Anlaß für eine gepflegte „Demo" war schon lang nicht mehr zu finden.

Aber nicht nur die SPÖ hat Mühe, sich von den Demonstranten zu distanzieren. In der Volkspartei gibt man zu, daß eben „Einzelpersonen" aktiv am Kampf gegen Zwentendorf beteiligt seien, fast gleichlautend übrigens, wie sich die KPÖ von den linken Kämpfern absetzt: „Der Kommunistische Bund hat gar nichts mit der KPÖ zu tun", erklärt Parteichef Muhri auf Anfrage. „Im Gegenteil: die Organisatoren und Führer dieser Grüppchen gehören zu den militantesten Antikommunisten, die es in der Bundesrepublik und in Österreich gibt!"

Alle Atomgegner aber — ganz gleich, ob rechts oder links beheimatet — sind von einem fest überzeugt: daß die Großparteien seit Jahr und Tag von der Atomindustrie mit Millionenbeträgen „gesponsert" werden. „Wir haben Dossiers über die Parteispenden", teilt Otto Häusler geheimnisvoll mit. „Und Sie können Gift drauf nehmen, eines Tages werden wir das bekanntgeben . . ."

(Ein weiterer Bericht folgt. Frühere Artikel erschienen am 4./5. und 6. Februar.)

Photo: „Die Presse"/Blaha

OPTISCH HABEN DIE BERUFSDEMONSTRIERER LÄNGST DIE OBERHAND GEWONNEN

Machtwahn macht blind

KURIER, Wien, 8.3.1972



Der Sprecher der Gegner des Kernkraftwerkes wird von einem Staatspolizisten aus dem Saal geleitet

Wirbel um Kernkraftwerk

Vertreter der Gegner wurde bei Bewilligungsverfahren aus dem Saal gewiesen

Zwentendorf (Eigenbericht). Die atomare Zukunft für Niederösterreichs größtes Dorf, für Zwentendorf, begann Dienstag mit einem Gewaltakt im Pfarrsaal. Der Sprecher der Kernkraftwerksgegner, Walther Soyka, wurde mit (sanfter) Gewalt von der Staatspolizei aus dem dichtgefüllten Raum gedrängt. Genau eine halbe Stunde hatte der wackere Kämpfer „für die biologische Sicherheit der Menschen" das gestrige Bewilligungsverfahren für das Atomwerk Zwentendorf hinauszögern können. Dann eröffnete Ministerialrat Dr. Richter vom Gesundheitsministerium die Verhandlung der Strahlenschutzkommission. Die letzte amtliche Hürde für das Fünfmilliardenprojekt war damit genommen.

Mehr als hundert Vertreter verschiedener Ministerien, Behörden und der Kraftwerks-Union-AG (Siemens-AEG) sowie Dutzende Gutachter mußten bis spät abends im stickigen Saal ausharren. So lange dauerte das Verfahren. Laut Gesetz müßten derartige Kommissionierungen an Ort und Stelle abgewickelt werden. Weil aber das mittlerweile gerodete Kraftwerksareal neben der Donau nicht sehr einladend schien, verlegte man die Tagung in den größten Raum, der in der Gemeinde aufzutreiben war.

Allen Kraftwerksgegnern, die sich zu den Offiziellen in den Saal geschwindelt hatten, nahm Vorsitzender Dr. Richter den Wind aus den Segeln: Sie durften nur als stille Beobachter teilnehmen. Als Walther Soyka verkündete, er musse die gesundheitlichen Rechte von 902 Vollmachtgebern vertreten, kam es zum Wirbel.



Ein Modell des künftigen Atomkraftwerkes in Zwentendorf

Obwohl ihm Minister Doktor Leodolter persönlich zugesagt hatte, dem Verfahren als Zuhörer beiwohnen zu dürfen, wurde er „hinausbegleitet". Er ging unter Protest. Dr. Leodolter rief gegen 10.30 Uhr sogar persönlich im Pfarrhof an, ließ sich Bericht erstatten und sanktionierte im Nachhinein den gewaltsamen Exodus.

Dr. Richter und die Experten versuchten sodann die Atomangst – von der man im Ort selbst freilich nichts bemerkt – zu bannen. Die geologischen, seismographischen, meteorologischen und biologischen Gutachter bezweifeln eine nukleare Umweltgefährdung durch das Siedewasseratomwerk. Auch der Atommüll, so versprach man, wird sicher verwahrt bleiben. Um eine Überflutung zu verhindern, wird der Schottergrund, auf dem das Maschinenwerk entstehen soll, schon in den nächsten Tagen um mehrere Meter aufgeschüttet.

Rechtswegförderkreis
INITIATIVE
Biologische Sicherheit
HANNOVER
Karsten Fiedler · Bödekerstr. 61
3000 Hannover 1, T. 0511/66 09 18

An den Rechtswegförderkreis des FORUM HUMANUM

Ich befürworte die Anpassung des Atomgesetzes an den heutigen Stand der Lebenswissenschaften. Es dürfen keine weiteren Genehmigungen für Atomwerke erteilt werden, bevor der Bundestag beschlossen hat:

1) Verbot des Transportes, der Erzeugung und der Freisetzung von Plutonium, weil es vielmals giftiger ist,als bisher geglaubt wurde;

2) Gewährung des Rechts auf Akteneinsicht und Ausfolgung von Aktenkopien an Kläger, Gutachter und Bevollmächtigte der bedrohten Bevölkerung;

3) Zuerkennung des Verbandsklagerechtes an Personenvereinigungen als Gesundheitsschutz-Vorsorge für erst künftig geborene Menschen.

Die bisher zugelassenen Plutonium-Freisetzungswerte und atomrechtlichen Genehmigungen verstoßen gegen die Grundpflicht der Regierung, Vorsorge für die Volksgesundheit zu treffen und das Höchstmaß an Schutz für Leben und Gesundheit der jetzt und später lebenden Menschen sicherzustellen. Bisher erteilte Genehmigungen müssen daher widerrufen werden.

Vor- und Zuname: _______________ Telefon: _____

Beruf: _______________ geb.am : _____

Wohnungsanschrift: _______________

bitte hier abtrennen

WAS SOLLEN WIR TUN,
-wenn die Flüsse sterben, -wenn Beton uns erstickt,
-wenn die Erde aufhört zu atmen, -
-wenn wir Angst haben, Kinder in diese Welt zu setzen,
-wenn wir nichts mehr essen können, ohne uns zu vergiften,
-wenn sie mit Plutonium aus der Erde eine toten Planeten machen ?

Wir wollen die Erhaltung & Durchsetzung der Menschenrechte und Völkerrechte erreichen und den Widerstandskampf gegen die Plutoniumtechnokratie unterstützen.
Deshalb haben wir uns entschlossen den RECHTSWEGFÖRDERKREIS INITIATIVE Biologische Sicherheit HANNOVER aufzubauen bzw. ihm beizutreten.

Der Sinn und Zweck des RECHTSWEGFÖRDERKREISES soll in der Hauptsache sein, Verständnis und Einsicht in die Notwendigkeit des Widerstandes vor Gerichten zu ermöglichen und öffentlich Kläger,Spender und Mitarbeiter zur Unterstützung werben.
Die einlangende finanzielle Unterstützung (kontrollierbare Buchführung) soll zu mindestens 50% direkt dem FORUM HUMANUM für Prozeßführung,Gerichtskosten etc, und dem INSTITUT für BIOLOGISCHE SICHERHEIT - Bremen für wissenschaftliche Arbeit und Publikation zugutekommen.
Höchstens 50% sollen dem Rechtswegförderkreis selbst zur Verfügung stehen, um Kosten der Öffentlichkeitsarbeit, Seminare zur Fortbildung und Neuwerbung von Klägern, Aussendung von Informationsmaterialien (Kopien,Briefmarken etc.) abzudecken.
Multiplikatorenarbeit zur Verbreitung von Informationen über den Widerstandskampf vor Gerichten und Verbreiterung & Fortbildung des Klägerverbundes ist das Wesen der Arbeit des Rechtswegförderkreises, zu dessen Unterstützung wir aufrufen.

Gerard Knerr Bödekerstraße 61 3H 1 Ing. [signature]
Gotthard Stielow Ehlwiesenfeld 5 3003 Ronnenberg 3 Student Gotthard Stielow
Martin Decherdt Elzenstraße 3 Hannover 91 Industrie=Kaufmann Martin Decherdt
Karsten Fiedler Bödekerstr. 61 3 Hannover 1 Stud. d. Sozialarbeit Karsten Fiedler

SPENDEN BITTE bitte auf das Postscheckkonto: 1935 70 - 302
Karsten Fiedler - Hannover
Bankleitzahl: 250 100 30

mit Zweckvermerk:
RECHTSWEGFÖRDERKREIS

Ich bestelle hiermit bei Ihnen:

_ _ _ Ex. "DOKUMENTATION ZUM ESENSHAMM-PROZESS", St. 5,-DM

_ _ _ Ex. "RADIOAKTIVE 'Niedrig'-STRAHLUNG" v.E.J.Sternglass St.6,80 DM

Von der Dokumentenreihe "DER RECHTSWEG": Einzelpreis St.je 5,-DM

_ _ _ Ex. Nr. 1 (betr.Brokdorf & Esenshamm)
_ _ _ Ex. Nr. 2 (betr.Esenshamm & Grohnde)
_ _ _ Ex. Nr. 3 (betr.Stade & Mühlheim-Kärlich)
_ _ _ Ex. Nr. 4 (betr.Nichtigkeit f.Stade & Esenshamm)
_ _ _ Ex. Nr. 5 (betr.Brunsbüttel,Brokdorf & Esenshamm)
(bei Mehrabnahme von 5 je Ex.Nr. 3,-DM)

Mit welchem Geldbeitrag wollen Sie den Rechtswegförderkreis des FORUM HUMANUM & das überregionale Institut für biologische Sicherheit in Bremen unterstützen, damit ein Gegengewicht zu den Gutachtern geschaffen wird, die von der Industrie oder vom Staat finanziert werden: DM_ _ _ _pro Jahr//DM_ _ _ _pro Mon.

An wen sollen wir uns unter Berufung auf Sie um Mithilfe wenden:

_ _

Datum: _ _ _ _ _ _ Unterschrift: _ _ _ _ _ _ _ _ _ _ _ _

Wenn Sie mitmachen wollen,und entschlossen sind Atomkatastrophen zu verhindern, füllen Sie den beiligenden Klagevollmachtvordruck aus und senden Sie ihn rasch an uns, denn noch geben uns das Grundgesetz und das Atomgesetz recht: Atomanlagen dürfen nicht gebaut oder betrieben werden. Auf Wunsch, weitere Informationen.

Rechtswegförderkreis
INITIATIVE
Biologische Sicherheit
HANNOVER
Karsten Fiedler · Bödekerstr. 61
3000 Hannover 1, T. 0511/660918

STOP ATOMENERGIE

= =

schließt euch fest zusammen - leistet widerstand !

= =

Seinerzeit legte Hartmut Gründler mit Freunden am Hartwarder Friesen (in Rodenkirchen bei Esenshamm) einen Kranz nieder mit der Schleifenaufschrift :

"Angesichts des Hartwarder-Friesen-Mahnmals fordern wir,
in tiefer Sorge um Freiheit und Recht,
die Mächtigen der Erde am 30. Nagasakitag auf,
dem seit 9.August 1945 eingeleiteten Plutoniumzeitalter
künftig keine Opfer mehr zu bringen."

Die Führer der Völker treten die Rechte mit Füßen und das mahnende Volk auf der Straße wird als kriminell verfolgt und längst streiten wir im Widerstandskampf um Wahrheit,Gesundheit, für Freiheit und Recht.
Denn Tatsache ist, daß die, welche uns mit radioaktiv verseuten Lebensmitteln,verseuchter Luft und Wasser langsam schädigen bzw. töten, Verbrecher sind, die mit Plutoniumstaat und Erbgutkontrolle alle Menschen unter eine Herrschaft bringen wollen.
Menschenrechte werden außer Kraft gesetzt ! Dagegen wird auch vor Gerichten Widerstand geleistet, denn noch sind Grundgesetz & Atomgesetz gültig, nicht geändert und geben uns beide recht: Kernspalt- und Plutoniumwerke dürfen nicht gebaut oder betrieben werden.
Denn Genehmigungen, die gegen Grundrechte & Völkerrechte verstoßen, die verfassungsmäßig garantierten Menschenrechte aufheben -wie z.B. Schutz von Gesundheit & genetischer Unversehrtheit-, d.h. die Verfassung außer Kraft setzen bzw. dies mit verursachen, sind rechtlich unmöglich und haben daher keinen Bestand, -sind nichtig !
Jede Klage gegen solche Genehmigungen ist zulässig und jeder Bürger hat die Pflicht gegen nichtige Verwaltungsakte Widerstand zu leisten.
Da es aber dem Volk nicht gestattet ist, sich zusammenzuschließen und einen Stellvertreter-Kläger vor Gericht zu schicken (da laut Gesetz jeder nur seine eigenen Rechte geltend machen kann), so kann aber jeder,der selbstverantwortlich vor Gerichten klagt, sich mit anderen Klägern verbünden.
(Vor Gericht in eine m Verfahren,alle Kläger in einem Verbund)

So ist das FORUM HUMANUM (bremen) ein Verbund von Klägern gegen Plutonium erzeugende bzw. verarbeitende Anlagen, welches in Zusammenarbeit mit dem Bremer Institut für Biologische Sicherheit,wissenschaftl.Leiter Absolv.rer.pol. Walther Soyka, Wendtstr.22,28 Bremen, die Atomprozesse gegen nichtige Atomanlagen-Genehmigungen führt.

Atomkraftwerke: Ein ökonomisches Waterloo

Alternativenergie Kernfusion ist technisch machbar, doch politisch nicht gefragt

Von Karl Nowak

Beinahe wäre uns nun ein russischer Atomsatellit auf den Kopf gefallen, er torkelte schon länger absturzreif auch über der Bundesrepublik und fand sein Ende in einem abgelegenen Teil von Kanada. Aber noch kreisen ähnliche radioaktive „Bomben" über dem Himmel. Wann und wo wird der nächste abstürzen oder verglühen und seine unvernichtbare Radioaktivität freisetzen?

Das zeigt den Wahnwitz der Verwendung von Kernspaltungsreaktoren an einem aktuellen Musterbeispiel. Rund 200 Sicherheitsprobleme an Kernspaltungskraftwerken sind noch ungelöst. Eines davon ist die Sprödbruchgefahr, also die nicht erkennbare Versprödung von Kühlleitungen und dergleichen unter radioaktivem Einfluß, die zu Sprödbrüchen und Kühlmittelverlust und damit zur Großkatastrophe führen kann. An einer solchen Katastrophe ist auch das Kernkraftwerk Würgassen nur knapp vorbeigegangen.

Ein weiteres Problem ist der radioaktive Schornsteinausstoß, bedingt durch unvermeidbare Leckagen an den Brennelementen. Die dadurch bedingte Erhöhung der Umweltradioaktivität ist zwar recht gering, doch liefern inkorporierte, das heißt in den Körper gelangende, Aktivitäten hohe lokale Strahlungsdosen auf Körperzellen und können dadurch Krebsherde und Erbschäden hervorrufen. Ebenso sind die Probleme der Wiederaufbereitung und der Endlagerung ungelöst. In La Hague (Frankreich) können die bundesdeutschen Brennelemente nicht wiederaufbereitet werden, die Endlagerstätten können bei geologischen Bewegungen einen Grundwassereintritt nicht ausschließen, ebenso auf die Dauer der entstehenden Wärmebelastung nicht standhalten. „Wir haben uns sozusagen in eine Rakete setzen lassen, deren Steuermechanismus nicht fertig ist und die noch keinen Landeplatz gefunden hat. Aber die Rakete fliegt schon", schrieb dazu treffend der Tagesanzeiger Zürich am 15. Juli 1976, und es gilt heute mehr denn je.

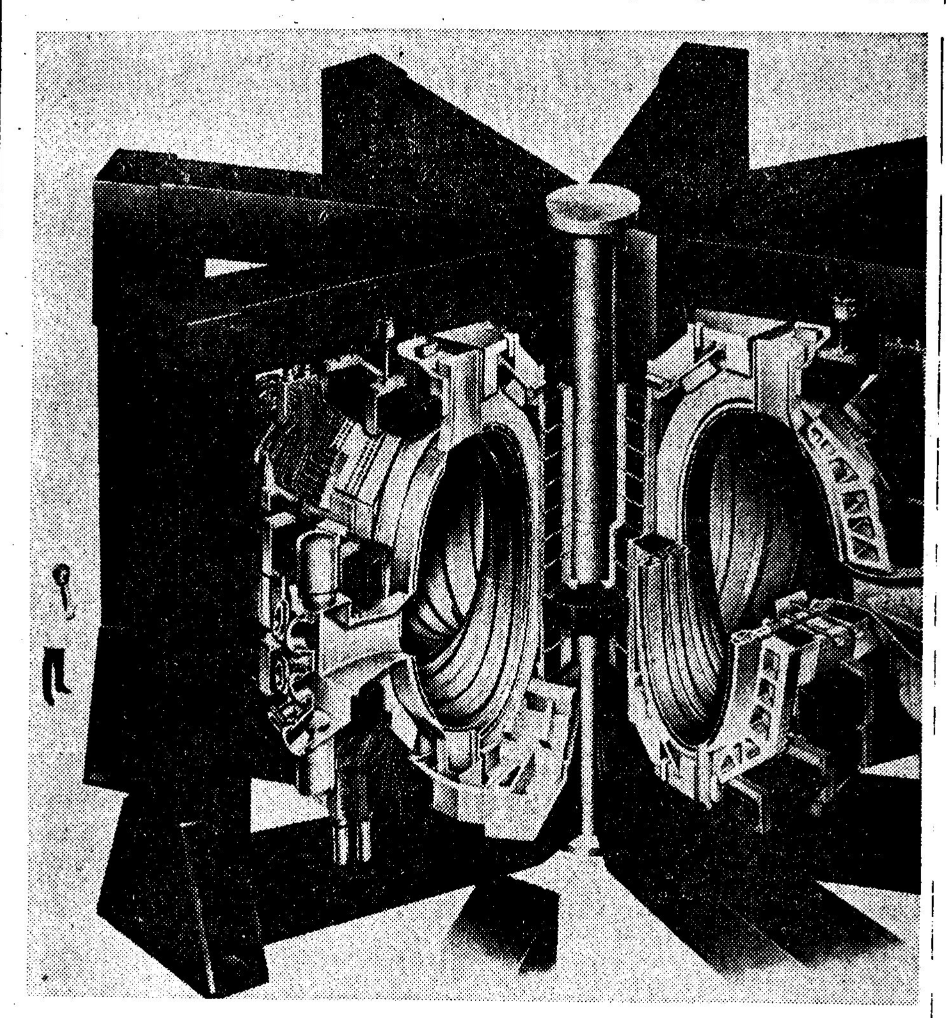
Wie kam es überhaupt zu dieser Entwicklung? Als man in den USA im Krieg die Herstellung von Atombomben forcierte, wurden Milliardenbeträge aufgewendet. Nach Kriegsende gab es dann das Geschäft mit Bomben für Testserien, die man später einstellen mußte, als deren Umweltgefahren nicht mehr zu leugnen waren. Man investierte Dollarmilliarden in Reaktorentwicklung und Uranförderung, die nun auch amortisiert werden „mußten", als sich herausgestellt hatte, daß viele Sicherheits- und Rentabilitätsprobleme unlösbar waren. So sprach man zuerst vom „billigen Atomstrom" und später von der Energielücke, die es niemals wirklich gab.

Seither hat sich vieles herausgestellt. Der Atomstrom ist nicht billig, sondern sehr teuer. Man braucht mindestens acht Jahre, um auch nur den Energieaufwand wiederzubringen, den der Bau eines Kernkraftwerkes erfordert. Berücksichtigt man die relativ kurze Lebenszeit von etwa 20 bis 25 Jahren eines Kernkraftwerkes, den Energiebedarf für Isotopenanreicherung und dergleichen, wird die Energiebilanz durchaus problematisch, das heißt, es kann insgesamt mehr Energie aufzuwenden sein, als nacher wieder herauskommt. Der amerikanische Konsumentenanwalt Ralph Nader bezeichnet daher die Kernspaltungskraftwerke als „ökonomisches Waterloo" für die USA und als „wirtschaftliche Täuschung, die sich am Rande des Wahnsinns dahinschleppt".

Als Alibi-Alternativenergie zur Bekämpfung der erfundenen „Energielücke" propagieren die Kernspalter die Sonnenenergie, wohl wissend, daß diese für große Kraftwerke nicht geeignet ist, ja im Verhältnis zur erzielbaren Leistung viel zu materialaufwendig ist, um sehr umfangreich angewendet zu werden. Das gleiche gilt für Windenenergie und ähnliche Vorschläge.

Nur eine echte und für die Kernspaltung tödliche Alternativenergie wird derzeit „totgeschwiegen" und in die ferne Zukunft gerückt: die Atomkernfusion.

Sie könnte aber längst oder zumindest etwa von 1980 an zur Verfügung stehen. Hier sei nur auf einige nachlesbare Berichte verwiesen, so auf das Politische Lexikon vom 9. Mai 1977: „Verständlicherweise haben die großen Investitionen von Zeit und Geld und die Ansammlung von großem know-how in



DIE HOFFNUNGEN vieler Energieforscher und Politiker richten sich auf die kontrollierte Kernfusion. Durch Verschmelzung von Kernen des schweren Wasserstoffes soll einmal jene unerschöpfliche Energiequelle erschlossen werden, die auch für die Energieprozesse auf der Sonne verantwortlich ist. Europäische Wissenschaftler entwarfen einen Versuchsreaktor zur „Magnet-Fusion" JET (Joint European Torus), der in Großbritannien in der Nähe der Ortschaft Windscale gebaut werden soll. Das Torus-Rohr (auf der Grafik im Aufschnitt) hat einen Durchmesser von 4,30 Metern und soll das Millionen Grad heiße Fusions-Plasma aufnehmen. Diese Technik könnte nach Meinung von Experten schon wesentlich weiter entwickelt sein, wenn Privatunternehmen nicht darauf angewiesen wären, zunächst Milliardeninvestitionen für Kernspaltungsanlagen gewinnbringend zurückzuerhalten. (Bild: dpa)

der praktischen Anwendung der Atomspaltung bei Regierung und Industrien in der Vergangenheit und noch heute bewirkt, daß diese die Anwendung der Atomkraft beschleunigen und jedes konkurrierende System herabspielen, das eine Maximierung der Verzinsung auf ihre enormen Investitionen verhindern würde. Technisch gesehen könnte die Atomfusion innerhalb der nächsten fünf Jahre angewendet werden, jedoch sind so viele politische Einflüsse gegeben daß es noch einige Jahrzehnte dauern kann, bis sie kommerziell angewendet wird." Auch auf einem von der Fusion Energy Foundation im Juni 1976 in Chicago gehaltenen Kongreß waren sich die Fusionsfachleute darüber einig, daß bei dem erreichten Stand die wirtschaftliche Verwertung der Kernfusionsenergie rasch möglich sei.

Um die Kernfusion als der Kernspaltung tödliche Energiequelle nicht vor dem Jahr 2000 verfügbar zu machen, also die Kernspaltung trotz Bevölkerungsprotesten und ungelösten Problemen und trotz Unwirtschaftlichkeit bis zur denkbaren Großkatastrophe oder gar über eine solche hinaus als „unbedingt notwendig" fortsetzen zu können, werden „politische" Alibiprojekte nach Art des europäischen JET mit Großbeträgen finanziert, obwohl man weiß, daß dabei nichts herauskommt. Dabei ist das Fusionsproblem, wie auch aus vorstehenden Hinweisen zu erkennen war, grundsätzlich lange gelöst.

Durch Beschießen eines „kalten" Plasmas mit beschleunigten Atomionen ist eine positive Energiebilanz mit einem Multiplikationsfaktor von etwa 3,6 möglich, das heißt, es wird durch Kernfusion jedenfalls mehr Energie freigesetzt als zugeführt werden muß. Ähnliche Ergebnisse sind von verschiedenen Instituten bereits veröffentlicht worden. Auch ein russisches System wurde bekannt, wonach in einem engen Zylinder starke Plasmaimpulse gegeneinandergeführt werden sollen, um die positive Energiebilanz zu erzielen. Diese neue Energie durch Kernfusion, die völlig ungefährlich und sehr billig ist — ein Kilogramm Deuterium, ein Abfallprodukt der Wasserelektrolyse, kann bis 90 Millionen Kilowattstunden Elektrizität liefern — aber „darf" es „politisch" in der Bundesrepublik und der Europäischen Gemeinschaft noch nicht geben, denn die Kernspaltung ist noch nicht amortisiert. So geht also die sinnlose, unrentable und gefährliche Kernspaltung zu Lasten der Bevölkerung so lange weiter, bis eine neue Ölkrise eine Änderung dieser „Politik" erzwingen wird. In der Schrift eines Schweizer Fusionsfachmannes heißt es: „Und hier wird übereinstimmend gesagt, daß in der ersten Hälfte der 80er Jahre eine Ölverknappung auf dem Weltmarkt zu erwarten ist. Die Reaktion der Politiker wird natürlich klar sein, es wird noch mehr in die Tendenz gehen, kurzfristige Aspekte zu betonen, noch mehr in die Richtung, den Energiemangel zu verwalten. All diese Dinge wehen uns ins Gesicht. Der verstorbene ehemalige Bundeskanzler Ludwig Erhard hat meiner Meinung nach ein ganz richtiges Wort geprägt, das ich hier auch sinngemäß wiedergeben möchte und das wir uns stets vergegenwärtigen sollten: „Es kommt nicht darauf an, den Mangel zu verwalten, sondern es kommt darauf an, Wohlstand zu schaffen."

Man wird also beim derzeitigen Sachverhalt an einen Satz des Schriftstellers Frank Thiess erinnert, der lautet: „Daß der Mensch ein von der Vernunft geleitetes Wesen sei, ist ein Glaubenssatz, den man aufgibt, wenn man seine Geschichte kennt." Und man könnte hinzufügen, daß der Machtmißbrauch der Mächtigen dieser Erde, die nur das Geschäft und nicht den ökologischen Niederbruch sehen, ein böses Ende nehmen wird.

==

Sehr empfehlenswert: Rudolf A. Schild, Atomkraft im Kriegsfall. Unsere Atomkraftwerke im Wirkungsfeld der strategischen Planung. 32 Seiten. Geheftet. DM 3,--(der Bestellung beifügen). Bezugsadresse: BUND-Baden Württemberg, 7800 Freiburg, Kirchstraße 2.

==